

Gerhard Bosch

Reform der Arbeitsmarktpolitik – Anforderungen an die Fort- und Weiterbildung

3. Fachgespräch zu Arbeitsmarktpolitischen
Instrumenten

FES 25. März 2011 Berlin

Prof. Dr. Gerhard Bosch

Universität Duisburg Essen
Institut Arbeit und Qualifikation
Forsthausweg. 2
LE 506
47057 Duisburg

Telefon: +49.203.379-1827; **Fax:** +49.203.379-1809
Email: gerhard.bosch@uni-due.de; www.iaq.uni-due.de

1. Dominanz beruflicher Arbeitsmärkte in Deutschland

Der Anteil der Beschäftigten mit beruflichem Abschluss stieg von 29% 1964 auf 70% im Jahre 2000

Berufliche Arbeitsmärkte brauchen einen starken Ordnungsrahmen und Akteure, die an ihrer Stabilisierung und Weiterentwicklung interessiert sind

AFG und Berufsbildungsgesetz 1969 als „bildungspolitische Einheit“ verabschiedet

Berufsbilder Referenzrahmen für Umschulungen und Weiterbildungen - Enge Verknüpfung von beruflicher Erstaus- und Weiterbildung

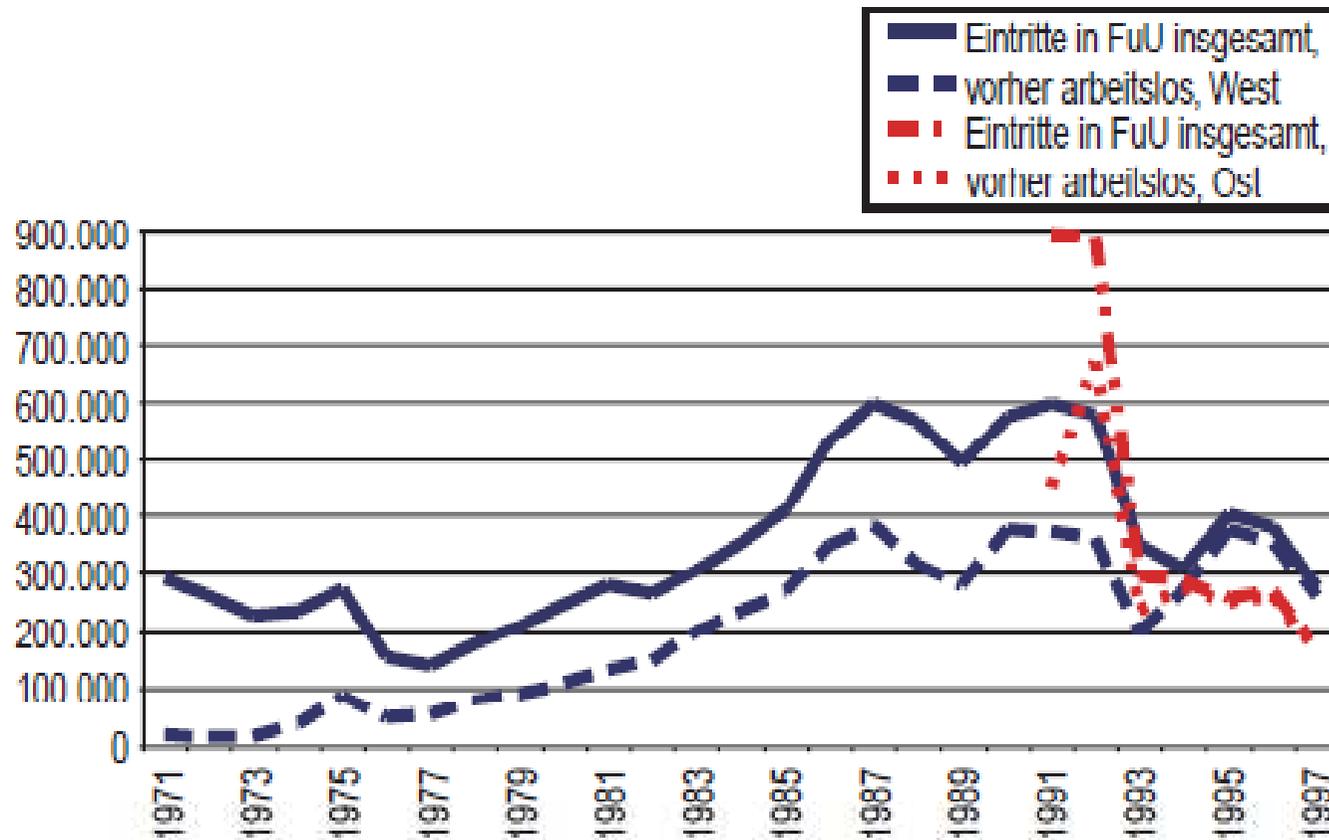
2. Arbeitsmarktpolitische Weiterbildung größtes System der zweiten Chance

Mit AFG Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung
für Arbeitslose und Beschäftigte geschaffen

Anfangs Unterhaltsgeld (UHG) in den ersten 6 Monaten
81,25% des Nettogehalts, dann Erhöhung auf
87,5% für die weitere Dauer der Maßnahme.
Zudem Dynamisierung des UHG(nach einem Jahr
Anhebung der Bemessungsgrundlage halbjährlich
um 4%) - Besondere Anreize für die Teilnahme an
längerfristigen Maßnahmen geschaffen

Dann schrittweise Senkung des UHG, Verlagerung auf
Arbeitslose, Ausgliederung der
Aufstiegsfortbildung ins Meister-BAFöG und ab
1997 WB nur noch Ermessungsleistung

3. Eintritte in berufliche Fortbildung und Umschulung 1971 - 1997



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit 1991, 1995, 1998

4. Evaluation

Mitte bis Ende der 90er Jahre erste Welle der Evaluationsforschung unter Nutzung von Vergleichsgruppen: Zunächst negative Ergebnisse und Kritik an „Lock-in“-Effekten vor allem in Ostdeutschland

2000-2006: Zweite Welle der Evaluationsforschung: Bessere Daten und genauere Unterscheidung zwischen kurz-, mittel- (1-3 Jahre) und langfristigen (4-6 Jahre) Effekten – Ergebnis: Positive Wirkungen auf Lohn und Eingliederung vor allem abschlussbezogener WB

Ähnlich positive langfristige Ergebnisse in Schweden

Wissenschaftliche Rehabilitierung der abschlussbezogenen WB – aber zu spät

5. Weiterbildung seit 2003

Philosophie: Work-First auch unterwertig, WB als Vermittlungshilfe, nicht auf Vorrat

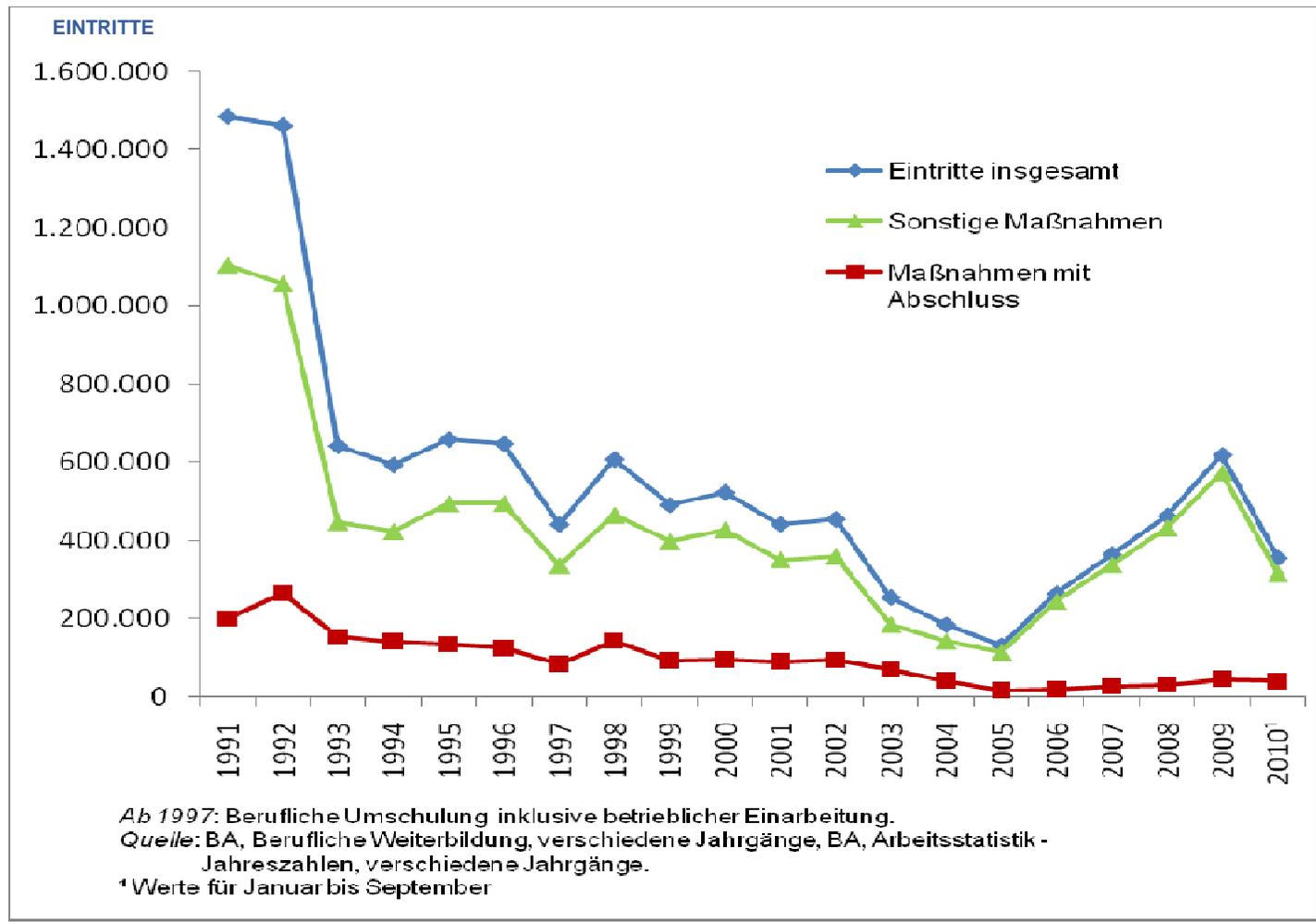
SGB III: Starke Einschränkung längerfristiger Maßnahmen – systematische Entmutigung durch Steuerungslogik

SGB II wenig qualifikationsorientiert, Schwerpunkt auf 1€ Jobs, z.T. Vermittlung von Bildungsbausteinen

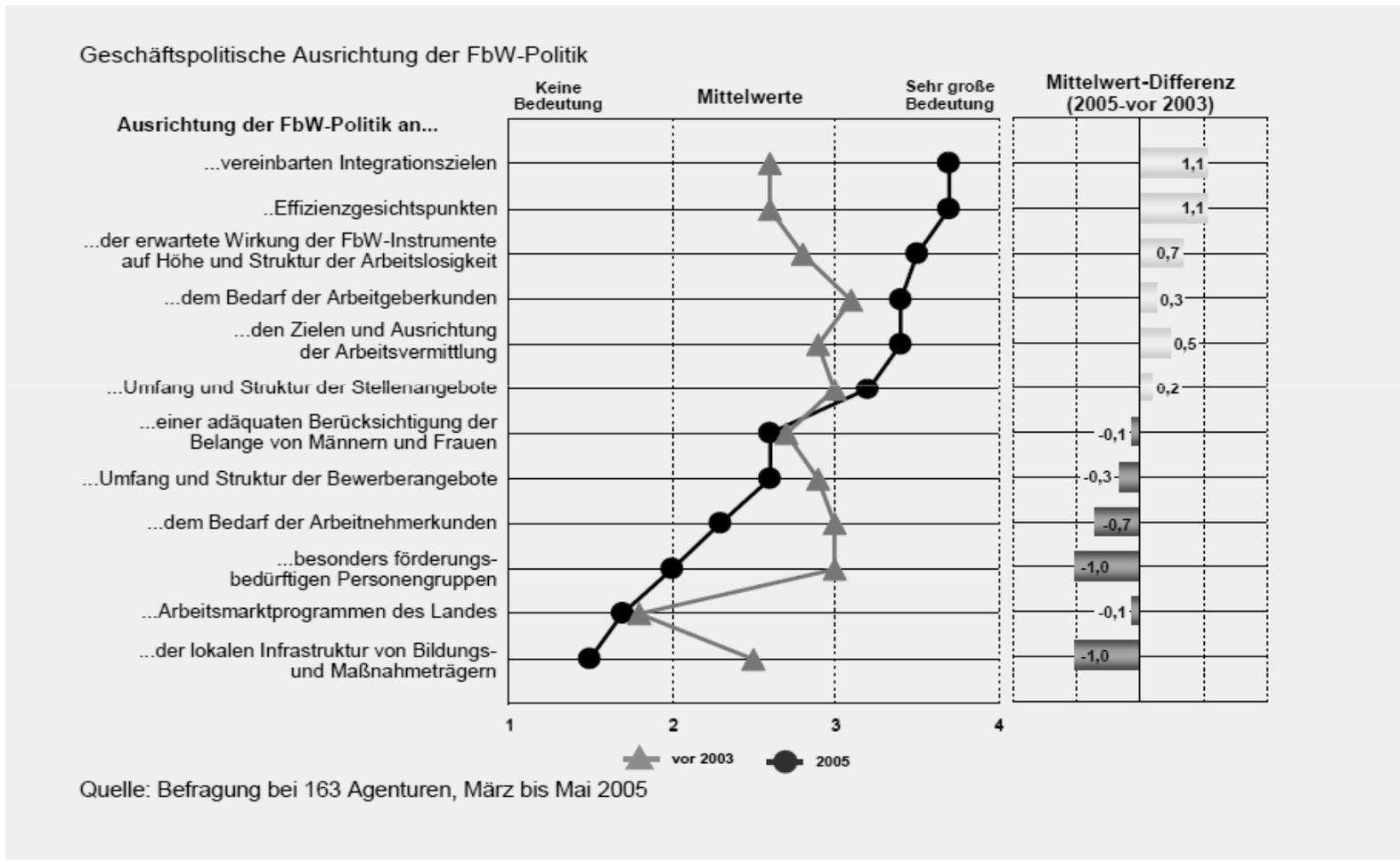
Korrekturen:

- Wegebau – Innerbetrieblich – Initiative geht vom Unternehmen aus
- IFLAS (Initiative zur Flankierung des Strukturwandels)
Programmmittel: Qualifizierung jenseits der Steuerungslogik, Qualifizierung nur auf Bedarf

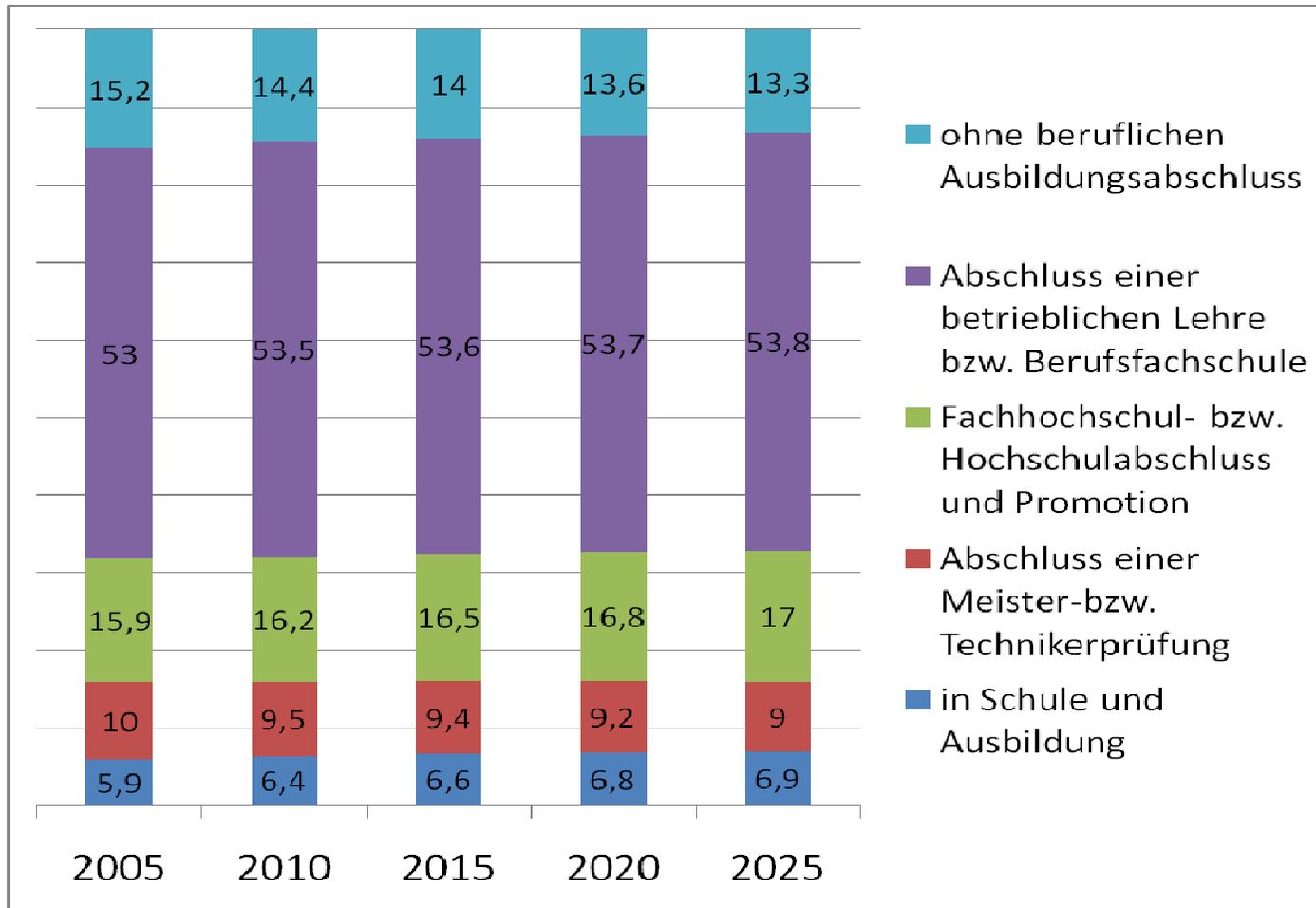
6. Eintritte in berufliche Weiterbildung SGB II und SGB III, Deutschland gesamt



7. Geschäftspolitische Ausrichtung der FbW-Politik



8. Arbeitskräftebedarf nach Qualifikationen 2005 – 2025 (Anteile in %)



Quelle: Hummel u.a. 2010

9. Investive Arbeitsmarktpolitik - Philosophie



Arbeitsmarktpolitik muss eigenständigen Beitrag zur Verringerung von Fachkräfteengpässen leisten

Bei der Besetzung von Arbeitsplätzen muss der Prozess des downgrading durch einen Prozess des upgrading abgelöst werden.

Dazu gehören auch Investitionen in längerfristige und auf anerkannte berufliche Abschlüsse orientierte Weiterbildungsmaßnahmen.

10. Vorschläge im Thüringen-Gutachten von Bäcker/Bosch/Weinkopf



1. Aufstockung der Zahl der Teilnehmer (Bestand pro Jahr) an beruflicher Weiterbildung auf rund 300.000 Personen und davon rund 100.000 Teilnehmer in abschlussbezogenen Maßnahmen
2. Zuschlags bei längerfristigen Qualifizierungsmaßnahmen (5-10% auf das Arbeitslosengeld) und Prämie für erfolgreichen Abschluss (z. B. 2.000 €)
3. Wiedereinführung von Auftragsmaßnahmen bei der Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen, um deren Teilnahme zu erhöhen

11. Weitere Vorschläge

Kommission zur Finanzierung LLL 2003

- **ErwachsenenBAFöG**
- **Umlage Leiharbeit 1% der Bruttolohnsumme: paritätischer Branchenfond**
- **Stärkung abschlussbezogener WB in der AMP**

Finanzierung lebenslangen Lernens - der Weg in die Zukunft, Schlussbericht der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens. Bielefeld: Bertelsmann. Schriftenreihe der Expertenkommission Finanzierung Lebenslangen Lernens, Bd.6 2004

http://www.bmbf.de/pub/schlussbericht_kommission_III.pdf

12. Weitere Vorschläge

Weiterbildungsfonds

- Umlage von 1% (0,7% AG, 0,3% AN) ca 8 Mrd. €
- 2% für befristet Beschäftigte und Leihkräfte
- 0,7% (5,6 Mrd €) betriebliche Maßnahmen nach leyv-exemption Prinzip
- Paritätischer Fonds, auf der Basis von Tarifvereinbarungen Branchenfonds
- 0.3% (2,4 Mrd.€) Individuelle Maßnahmen auf Antrag

G. Bosch, In Qualifizierung investieren – ein Weiter-bildungsfonds für Deutschland, FES, 2010, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07668.pdf>